

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeiger-Vertriebsstellen entgegen. - Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. - Anzeigerpreis 20 Pf. - Anzeigerpreis 20 Pf. - Anzeigerpreis 20 Pf.

Anzeigerpreis für die Anzeiger-Vertriebsstellen 20 Pf. - Anzeigerpreis für die Anzeiger-Vertriebsstellen 20 Pf. - Anzeigerpreis für die Anzeiger-Vertriebsstellen 20 Pf.

Telegramme: Kageblatt 'Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1999

Nr. 34

Sonnabend, den 9. Februar 1924

19. Jahrgang

Die Illusion in der Politik.

Von Dr. RAY W. D. W.

Man sagt dem Deutschen mit einem gewissen Recht nach daß er in politischen Dingen oft Illusionist ist und die Dinge nicht so sieht wie sie sind, sondern so, wie er sie gern haben möchte. Daß dieser Illusionismus aber durchaus nicht nur auf deutschem Boden zu finden ist, dafür sind die beiden Männer Zeugen, die in letzter Zeit für immer von der politischen Bühne abgetreten sind: Wilson und Lenin. Man kann zweifelhaft sein welches die größte Illusion war: der Völkerbund, wie Wilson ihn sich dachte, oder der Weltföderalismus, von dem Lenin träumte; beiden gemeinsam ist es, daß sie namenlos Unglück über die Welt gebracht haben: Die Wilson'sche Idee über Deutschland, die eines Lenin über das russische Volk. Wilson war für das deutsche Volk am Ende des verlorenen Krieges die Illusion schlechthin. Spätere Zeiten werden es nicht verstehen wie das deutsche Volk hoffen konnte, daß derselbe Wilson, der den Krieg zu Ungunsten Deutschlands entschieden hatte, nun einen für Deutschland günstigen Frieden einleiten würde. Daß dieser Frieden zu einem derartig grauenhaften Verbrechen der Weltgeschichte unter Wilsons Mitwirkung wurde, war die Folge davon, daß Wilson seiner eigenen Illusion, dem Völkerbund zu liebe, Schritt für Schritt für seinen 14 Punkten abging um eben den Völkerbund zu retten, der von seinem eigenen Volk verworfen wurde. Niemals hat seit Menschengedenken die Illusion eines Staatsmannes in furchtbarer Tragik geendet als diese; auch nicht die eines Lenin, denn diese wirkte sich nicht einem fremden, schuldlosen, sondern dem eigenen Volk gegenüber aus, dessen Oberhaupt aus einem erheblichen Teil die Verantwortung selbst mit trug an dem grausamen Schicksal, von dem sie betroffen wurde. Lenin selbst hatte zuletzt seine Illusion als solche erkannt. Es gibt kaum eine härtere Fronte als die des Bolschewismus als Todfeind der Eigenwirtschaft und des Kapitalismus die Verbindung mit dem Kapitalismus des Westens suchte; um sich selbst zu erhalten, und niemand hat besser als Lenin selbst die innere Unmöglichkeit des ganz auf den Masseninstinkt abgestellten Bolschewismus kritisiert. Abseits der großen öffentlichen politischen Diskussion hat Lenin einmal in einem Briefe an einen Freund in Paris ein offenes Bekenntnis abgelegt, das seinen Wert dann in die Pariser russische Zeitung „La vie russe“ und von dort in den „Matin“ gefunden hat. „Die Phasen der russischen Revolution haben mich gelehrt, weder im Klassenbewußtsein, noch im Instinkt der Massen den Trieb zur erbitterlichen Bestrafung zu suchen. Ich bin im Gegenteil zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Bestrafung auf Einzelpersönlichkeiten beruht, deren Wille und Kraft sich über das Niveau der Klasse erhebt. Wir haben einen schweren Fehler gemacht, so viel Gewicht auf den Massenbegriff zu legen und die Klassen als intellektuelle Organismen zu betrachten, fähig ihre Wünsche sofort und direkt zur Ausführung zu bringen. Eine Klasse in ihrer Gemeinlichkeit ist nichts anderes als Organismus aller Anteilhänger beruht, jeder persönlichen Initiative, jeder Fähigkeit zum Handeln. Sich selbst überlassen, wird die Klasse nur von ihrem Instinkt geleitet und dem Bewußtsein, ihre Interessen zu verteidigen zu müssen. Das aber kann nur Methoden zeitigen, die im besten Falle von Augenblickswert sind. Die Aktionen der Klassen entbehren ständig des gesunden Verstandes, weil sie keine Rücksicht auf spätere Erfordernisse und Ziele nehmen. Nur der starke Wille des Einzelindividuum und die Schöpferkraft des freien Intellekts können die noch fern liegenden Phasen des Kampfes erkennen. Diese Tatsache, der wichtigste Faktor des sozialen Lebens, ist uns entgangen, mir und meinen Kollegen.“

Klarer und überzeugender, als Lenin dies hier tut, kann niemand die innere Unwahrscheinlichkeit des Bolschewismus wie des Masseninstinkts auf der einen und die Bedeutung der richtigen Führerauslese auf der anderen Seite darlegen. Man kann unseren Kommunisten und allen denen, die in völliger Verkennung der Persönlichkeitswerte des Völkern der Masse anderen, diese Erkenntnis des russischen Ererevolutionärs nicht stark genug zu Gemüte führen. Das deutsche Volk ist auch in seinen kommunistischen Schichten trotz allem und alledem doch noch zu gut dazu, als daß es erst durch ein Meer von Blut und Tränen hindurch zu der Erkenntnis kommen sollte, daß auch auf deutschem Boden der Bolschewismus die gleiche grausame Illusion sein möchte, als die er sich in Rußland in fünfjähriger qualvoller Selbsteinsicht erwiesen hat.

Die Illusion hat während des Krieges und nach dem Krieg für das Schicksal des deutschen Volkes eine so verhängnisvolle Wirkung ausgeübt, daß man nur hoffen kann unsere führenden Männer und unser Volk mög-

lich sich endgültig von ihr frei machen. Es hat nichts Ehrenwürdiges an sich, wenn man eine Illusion als solche erkennt, aber es ist Wahnsinn und Verbrechen zugleich, an einer erkannten Illusion festzuhalten. Es sind erfreuliche Anzeichen dafür vorhanden, daß sich hier im deutschen Volk ein Befundungsprozeß vollzieht, aber wir werden uns hüten müssen, uns neuen Illusionen zugänglich zu machen. Bis in die jüngste Zeit hinein haben doch recht viele von uns in dem Wahne gelebt, daß es nach einem verlorenen Weltkrieg möglich sei, weniger arbeiten, besser leben und alle schwebenden Projekte gerade jetzt durchführen zu können. Die Folgen dieses Irrwahns liegen deutlich zu Tage. Das Erwachen beginnt: für manche schmerzhaft, aber für die Gesamtheit doch heilsam. Wir befinden uns in einem großen politischen und wirtschaftlichen Liquidationsprozeß. Auch jetzt werden Kriege und Revolution nicht von heute zu morgen reiflos und endgültig liquidiert werden können, aber es ist schon viel gewonnen, wenn endlich einmal sichere Grundlagen für ein solches Liquidationsverfahren erkennbar werden.

Außenpolitisch berechtigen die Arbeiten des Sachverständigenausschusses zu der Hoffnung, daß den kommenden Entscheidungen ein besseres und objektiveres Material zu Grunde liegen wird, als seiner Zeit dem Londoner Ultimatum, den Konferenzen in Brüssel, in Cannes in Genue und in all den Orten, die nichts anderes für uns als Etappen zum letzten französischen Ziel gewesen sind. Innenpolitisch hat das Ermächtigungsgesetz manche Aufbaumöglichkeiten ermöglicht, die schon seit langem bitter notwendig waren, und wirtschaftlich zeigt die Festlegung der Währung zwar unsere ganze Armut, aber doch zugleich auch die Möglichkeit einer allmählichen Rückkehr zu normalem Wirtschaftsleben. Verhängnisvolle Illusion wäre es, diese Erscheinung anders als bescheidene Anläufe zu einer Gesundung zu werden und andere Schlußfolgerungen daraus zu ziehen als die die Anstrengungen, aus unserer inneren Schwäche uns zu befreien, zu verdoppeln. Ohne eine solche Selbstbefreiung von dem, was uns im Volks- und Staatsleben hemmt und lähmt, ist auch die Wiedererlangung der Freiheit nach außen nicht denkbar. Keine Zeit ist ungeeigneter, das Gegenätzliche, was in Staat und Wirtschaft bei uns immer bestehen wird, zu betonen und zu vertiefen. Der Kampf zwischen Bayern und dem Reich ist im gegenwärtigen Augenblick eine genau so große Sinnlosigkeit, wie die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmertum und Arbeiterkraft. Der Gedanke, alle Kräfte der inneren und äußeren Freiheit und sores Volkes dienstbar zu machen, ist so zwingend und so groß, daß er über das politische und wirtschaftliche Trennende hinweg die beherrschende Idee der deutschen Volksgemeinschaft werden muß. Ohne eine solche Volksgemeinschaft zum Ziele kommen zu wollen, wäre die letzte und verhängnisvollste Illusion des deutschen Volkes.

Konflikt zwischen Reichstag und Regierung.

Um die dritte Steuernotverordnung.

Im Hünfänger-Ausschuß des Reichstages wurde die dritte Steuernotverordnung behandelt. Reichsfinanzminister Dr. Luther verbreitete sich über die Gründe, die zur Aufstellung der dritten Steuernotverordnung geführt haben. Er erklärte: Für die Länder und Gemeinden müssen weitere Einnahmequellen erschlossen werden; denn mit dem im Haushaltsplan 1924 vorgesehenen Ueberweisungsbetrage und dem Aufkommen aus den bestehenden Landessteuern können Länder und Gemeinden nicht auskommen. Das einzige, was den Gehaltbetrag zu decken vermag, ist eine besondere Art der Ausnutzung der Steuern vom Grundvermögen dergestalt, daß dadurch der Raum ausgenutzt werde, der in unserer Wirtschaft durch die künstliche Niederhaltung der Mieten entstanden ist. Diese Steuer wird das ganze deutsche Volk treffen, die Mieter sowohl wie die Wirtschaft. Da diese ganze Steuermöglichkeit den Ländern zur freien Ausnutzung überlassen wird, ist es unvermeidlich, daß auch die Aufgabenteilung zwischen Reich und Ländern nunmehr endgültig in diejenige Gestalt zurückgebracht werden muß, die früher gegolten hat, als das Reich noch auf seine eigenen ursprünglichen Einnahmequellen beschränkt war.

Der Minister sprach weiter die Möglichkeiten einer ausländischen Anleihe. Voraussetzung hierzu sei, daß wir wenigstens unsere inneren Verhältnisse in Ordnung halten können, d. h., daß wir zur Balancierung des Reichshaushalts kommen.

Was die Frage der Aufwertung anbetreffe, so sei es ganz unmöglich, ihr freien Lauf zu lassen. Damit würden wir eine Unsicherheit in unser Wirtschaft-

leben und in unser Finanzleben hineingebracht haben, die einfach untragbar gewesen wäre.

Reichsjustizminister Dr. C. M. M. gab folgende Erklärung ab: Nach dem Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember 1923 sind die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen der Reichsregierung aufzuheben wenn der Reichstag oder der Reichsrat dies verlangen. Dieses Recht des Reichstages ist zeitlich unbeschränkt; es findet also auch mit dem Ablauf der der Reichsregierung im Ermächtigungsgesetz erteilten Ermächtigung kein Ende. Der Reichstag ist deshalb auch nach dem 15. Februar d. J. berechtigt, in zwei Besungen, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens drei Tagen liegen muß — und zwar unabhängig vom Reichsrat — die Aufhebung zu verlangen. Das Aufhebungsverlangen kann sich jedoch nur gegen eine Verordnung als Ganzes richten.

Vor der Abstimmung legten der Reichsjustizminister, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsfinanzminister in eindringlicher Weise dar, welche Gründe größter Wichtigkeit für eine sofortige Regelung der Aufwertungfrage sprechen, was nur im Wege des Ermächtigungsgesetzes möglich sei.

Trotzdem beschloß der Ausschuß, bezüglich der Artikel 1 (Aufwertung) und 2 (öffentliche Anleihen) der dritten Steuernotverordnung nicht in die sachliche Beratung einzutreten, sondern die Regelung, der darin behandelten Gegenstände, dem Reichstag unter allseitiger Vorlegung eines Gesetzentwurfs durch die Reichsregierung im Wege der ordentlichen Gesetzgebung zu überlassen.

Darauf erklärte Reichsfinanzminister Dr. Luther daß der eben gefasste Beschluß die Reichsregierung von der ihr durch das Ermächtigungsgesetz übertragenen verantwortlichen Entscheidung darüber nicht entbinde ob sie die Verordnung, nachdem nunmehr die Anhörung des zuständigen Reichsausschusses erfolgt ist, zumindest insoweit erlassen müsse, als der soeben mitgeteilte Beschluß die Beratung im Hünfänger-Ausschuß beendet hat. Ein Vorschlag des Vorsitzenden, durch Vermittlung des Reichspräsidenten zur Vorbereitung für die Plenarverhandlungen der Artikel 1 und 2 der dritten Steuernotverordnung dem Reichsausschuß zu überweisen fand nicht die Zustimmung der Regierung. Auch die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei sprach sich für die Regelung der Aufwertungfrage durch den Reichstag aus.

Das Reichskabinett vor schweren Entscheidungen.

Weiterzahlung der Besatzungskosten oder Verlust des besetzten Westens?

Die Frage der Weiterzahlung der Besatzungskosten für das besetzte Gebiet ist augenblicklich die brennendste und daneben auch eine der schwierigsten, die jemals eine sich ihrer Verantwortung bewußte Regierung beschäftigt hat. Die Frage ist nicht nur: Sollen wir diese ungeheuren Lasten weitertragen?, sondern auch: Können wir es? Letzteres wird von den Finanzsachverständigen verneint. Damit wäre ja nun die Sache erledigt, denn die Folgen nicht wären. Im besetzten Gebiet sind sich alle Parteien, von der Rechten bis zur Linken, darüber einig, daß die Einstellung der Zahlungen der Besatzungskosten den Verlust der besetzten Gebiete bedeuten würde. Vertreter der besetzten Gebiete, die in der letzten Zeit in Berlin waren, erklärten übereinstimmend:

Werden die Besatzungskosten nicht geleistet, dann ist der Westen für Deutschland reiflos verloren. Bei den Besatzungskosten handelt es sich nicht nur um das was unmittelbar an die Besatzungsmächte, vor allem an die Franzosen zu zahlen ist, sondern auch um einen teilweisen Erlag der furchtbaren Lasten, die der Bevölkerung des besetzten Gebiets durch die Okkupation aufgebürdet sind, Lasten, die von dieser allein unmöglich getragen werden können. Dänderingend haben die Vertreter der besetzten Gebiete gebeten, die Besatzungskosten weiter zu leisten.

Im Reichskabinett hat man sich den vorgetragenen Gründen nicht entziehen können. Es ist ihnen Verständnis entgegengebracht worden, und es scheint, daß dadurch im Westen eine gewisse Beruhigung eingetreten ist. Wie soll es aber gelingen, das Unmögliche möglich zu machen? Der Steuerdruck ist in unbesetzten Deutschland schon derart, daß nicht abzusehen ist, wie er noch verschärft werden könnte. Dann besteht noch die Gefahr für die Wertbeständigkeit der Rentenmark. Vorstand und Aufsichtsrat der Rentendank bringen deshalb immer und immer wieder darauf, daß die Zahlungen der Besatzungskosten eingestellt werde. Aus Aufhebung des Reichsfinanzministeriums kann man entnehmen, daß auch er den von der Rentendank vertretenen Standpunkt teilt.

für Obdach
de mitgeteilt,
de als das
Schuldbelegung

Stiftung
s Allen hat
Ainder mit

Kirche ge-
Ainder. W:
sehr in der
Wibelstrunde
g. Wälder.
g. 19. Gotten-
at Thomas
leinde ist zu
4. Februar,
ser: „Meine
Vorber. für

Abendmaßl.
unde. Frei-

ertrag-Freier
M.). Feder-
Dr. W o ch.
ein. Mitt-
g. 8: Bibel.
Männer.

a. Str. 741.
gottesdien-
r Evangeli-
kommen.

ot
en
295
195
195
110
245
245
25

m Erz-
gebirge,
ausgelände
uh zu den
Wohnungen
in Halle

bau.
ntliche Zu-
nteressenten
uh zu den
Wohnungen
in Halle

bel
n-
nen-
tion
wäsche
aren

reiss.
ing
t.

atz
str. 34.